

# Afghanistan im Überblick

## zusammengestellt von Thomas Ruttig

### Journalistinnen und Schülerinnen ermordet

Zwei bekannte afghanische Journalistinnen sind binnen sechs Tagen zwei separaten Mordattacken zum Opfer gefallen. Am 5. Juni wurde die Direktorin des lokale Privatsenders „Friedensradio“ in Jabal us-Seraj in der Provinz Parwan, nördlich von Kabul, von Unbekannten in ihrem Haus ermordet. Die 38-jährige Zakia Zaki, Mutter von sechs Kindern und gleichzeitig Direktorin eines Mädchengymnasiums, hatte sich in ihrem Sender, der unter anderem von Frankreich gefördert wurde, besonders für Frauenrechte wie die Beteiligung am politischen Leben stark gemacht. Sie hatte auch Kritik an örtlichen Kommandanten bewaffneter Gruppen geübt und hatte deshalb bereits Drohungen erhalten. Ahmad Hanawesch, Leiter der Unabhängigen Journalistenvereinigung für Nord-Afghanistan, ordnete den Mord in eine generelle Tendenz von Gewalt gegen Journalisten ein. Berichte aus Kabul sprechen davon, dass die Täter im Umfeld der radikal-islamischen Hezb-e Islami (Islamische Partei) zu suchen sein könnten, deren bewaffneter Flügel die Karzai-Regierung bekämpft, während ein legaler Arm als politische Partei registriert ist. Bereits am 30. Mai war die 22-jährige Reporterin Shekiba Sanga Amaaj in Kabul getötet, ebenfalls in ihrer Wohnung. Der Hintergrund könnte jedoch in familieninternen Streitigkeiten liegen; eine Schwester Amaajs war bereits vor einigen Monaten Opfer eines Entführungsversuches geworden, in den ein Neffe verwickelt war. Jedoch werden in Afghanistan solche Attacken oft als Familienzwiß ausgegeben, um Nachforschungen zu unterbinden. Die Organisation *Journalisten ohne Grenzen* erklärte, dass die Pressefreiheit einige der wenigen Errungenschaften der letzten fünf Jahre in Afghanistan seien, der Mediensektor aber ‚verletzlich‘ bleibe und Journalisten die Auswirkungen der sich verschlechternden Sicherheitslage, Drohungen von Warlords und konservativen Religionsführern sowie einer Regierung spürten, die ebenfalls unter großem Druck von mehreren Seiten stehe. Am 12. Juni wurden in der Provinz Logar, südlich von Kabul, zwei Schulfrauen erschossen. Sechs weitere wurden verletzt, als von Motorrädern auf sie gefeuert wurde – eine Form von Attentaten, der für die Verwicklung von Taliban in den Anschlag spricht. Etwa 200 000 Schüler vor allem in Süd- und Ost-Afghanistan besuchen zurzeit wegen solcher Anschläge keine Schule mehr. Nach Ende des Taliban-Regimes war der Schulbesuch landesweit auf 5 bis 6 Millionen Kinder angewachsen.

### Erste Bombe irakischer Bauart

Erstmals ist in Kabul eine so genannte *shaped charge* gefunden worden, gab der afghanische Geheimdienst am 11. Juni bekannt. Solche Hi-Tech-Sprengsätze, die in Irak weit verbreitet sind, können auch stark gepanzerte Fahrzeuge zerstören. Der Kabuler Sprengsatz, der 16 kg Sprengstoff enthielt, war nach diesen Angaben an einer stark befahrenen Straße Kabuls angebracht, konnte aber rechtzeitig gefunden und entschärft werden. Ziel sei der Konvoi eines hohen Regierungsvertreters gewesen. Ob dieser versuchte Anschlag dem deutschen Verteidigungsminister Franz Josef Jung gegolten haben könnte, blieb unklar. Jung, der am 6. Juni Kabul besucht hatte, war Bild am Sonntag zufolge nur knapp einem Anschlag entgangen, da kurzfristig seine Fahrtroute durch Kabul geändert wurde.

### Taliban übernehmen Distrikte im Nordwesten

Die Distrikte Ghormach und Bala Murghab in der Provinz Badghis nahe der afghanischen Grenze zu Turkmenistan sind unter Taliban-Kontrolle geraten. Dies berichtete die Badghiser Parlamentsabgeordnete Aziza Rafat gegenüber afghanischen Medienvertretern am 11. Juni. Ghormach sei sogar kampflös an die Aufständischen gefallen. Sie forderte die Regierung auf, mehr Truppen in diese Region zu entsenden. Laut Polizeiangaben sind beide Distrikte nach zwei Tagen zurückerobert worden. Ende im Juni wurde der örtliche Gouverneur ausgewechselt. Badghis gehörte bisher nicht zu den Hauptoperationsgebieten der Taliban. In der Provinz, eine der ärmsten des Landes, ist ein spanisches Provinz-Wiederaufbauteam (PRT) stationiert.

### Konflikt zwischen Generalstaatsanwalt und privater Sicherheitsfirma

Generalstaatsanwalt Abdul Jabbar Sabet hat den Besitzer der privaten afghanischen Sicherheitsfirma Khawar, General Din Mohammad Jurat, beschuldigt, versucht zu haben, ihn zu entführen. Jurat konterte, dass er von Sabet – der für seine unorthodoxe, populistische Vorgehensweise bekannt ist – beleidigt worden sei. Tatsächlich waren Sabet und mehrere Begleiter bei einer dienstlichen Reise in die Provinz Panjshir von Leibwächtern Jurats zeitweilig festgehalten worden. Sabet hatte offenbar versucht, vor Ort die Aktivitäten von Khawar zu untersuchen, die wie anderer privater Sicherheitsdienste

in den Fokus der Kabuler Regierung geraten waren. Präsident Karzai nannte diese Firmen einen „Unsicherheitsfaktor“ im Lande. In Kabul entwaffneten Truppen des afghanischen Innenministeriums Khawar-Mitarbeiter, meist ehemalige Polizisten. Jurat war mehrere Jahre lang Chef des polizei-internen Geheimdienstes, aber nach Foltervorwürfen entlassen worden. Er gehört zur einflussreichen Panjschiri-Fraktion. Als 400 Polizisten in Marsch gesetzt wurden, um Jurats Wohnsitz in Panjschir zu durchsuchen, wurden sie von der örtlichen Bewaffneten, darunter der dortigen Polizei, gehindert, überhaupt die Provinz zu betreten. Örtliche Mujahedin-Kommandanten forderten die Regierung auf, bei solchen Aktionen vorher die Provinzbehörden zu verständigen – die allerdings offenbar Jurats Partei ergriffen haben. Große Teile der afghanischen Polizei sind verhalten sich weiterhin loyaler gegenüber ihren jeweiligen Fraktionen denn der Zentralregierung. Wenige Tage später forderte Sabet die NATO-geführten ISAF-Truppen auf, ihm Rückendeckung bei seinem Kampf gegen die Korruption zu geben, gegen „Männer in der Regierung, deren private Milizen ihnen Immunität geben“. ISAF habe dies als „interne Angelegenheit“ zurückgewiesen, so Sabet.

### Gegen Selbstmordtäter und Salman Rushdie

Die Freitagsprediger an Kabuls Moscheen haben öffentlich sowohl Selbstmordattentate, die Verursachung ziviler Opfer durch ausländische Truppen als auch den Ritterschlag für den Schriftsteller Salman Rushdie durch die britische Queen verurteilt. Rushdie habe mit seinem Roman *Satanische Verse* Feindschaft gegen den Islam und die Muslime gezeigt, berichtete Radio Afghanistan am 23. Juni.

### EUPOL eingeweiht

Eine neue EU-Polizeimission (EUPOL) ist am 17. Juni in Kabul eröffnet worden. 160 Polizei-, Rechts- und Strafverfolgungsexperten aus 21 EU- und Nicht-EU-Ländern wie Kanada und Norwegen sollen in Kabul, fünf regionalen Polizeiausbildungszentren sowie auf Provinzebene in PRTs stationiert werden, um durch „Mentoring, Monitoring, Beratung und Training“ den Aufbau einer „nachhaltigen und effektiven“ Polizei zu unterstützen, die „nach internationalen rechtsstaatlichen Standards arbeitet“. Die auf drei Jahre angelegte Mission, die vom deutschen General Friedrich Eichele geleitet wird, wird die Aktivitäten des bisherigen Deutschen Polizeibüros in Kabul mit knapp 50 Mitarbeitern weiterführen. Die USA haben derzeit 500 Polizeitrainer in Afghanistan stationiert, diese Zahl soll demnächst verdoppelt werden; die Arbeit von EU- und US-Trainern wird durch ein Gemein-

sames Sekretariat abgestimmt. „Ich hätte gern den gleichen Umfang wie bei der Mission in Kosovo gesehen“, sagte der EU-Sonderbeauftragte Francesc Vendrell der Nachrichtenagentur Reuters, „aber das war unrealistisch“. Dort soll jetzt auf rund 1 500 Experten aufgestockt werden. Aus Kabul wurde bekannt, dass bisher erst 15 EU-Polizeitrainer tatsächlich eingetroffen sind. Es gebe Probleme, Freiwillige zu finden, weil die Bezahlung unter der von Polizeitrainern liege, die etwa in Kosovo eingesetzt sind. Die Kosten für EUPOL Afghanistan werden für das erste Jahr auf 43,6 Millionen Euro beziffert.

### Terrorwarnung für Deutschland

Innenstaatssekretär August Hanning hat gegenüber Journalisten erklärt, Deutschland sei von Terroristen so stark gefährdet wie seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 nicht mehr. Das berichteten zahlreiche deutsche Medien am 22. Juni. Der Bundesregierung lägen Erkenntnisse über zehn bis zwölf Personen aus vor, die sich in Lagern in Afghanistan und Pakistan ausbilden ließen, so *Spiegel online*. Drei von ihnen seien kürzlich in Pakistan vor der Heimreise festgenommen worden. Zwei gelten bei den deutschen Behörden als sogenannte „Gefährder“, die in Deutschland mit islamistischen Kreisen in Kontakt stehen. Bundesinnenminister Schäuble erklärte darauf, Selbstmordanschläge radikaler Islamisten wie gegen deutsche Soldaten Ende Mai in Kunduz seien auch in Deutschland „möglich“. Er wiederholte seine Forderung, deshalb auch Online-Durchsuchungen von Computern gesetzlich zu ermöglichen. Der stellvertretende Regierungssprecher Thomas Steg wiegelte jedoch ab, dass es derzeit keine Hinweise auf eine konkrete Gefährdung gebe. Wolf-Dieter Narr, Leiter des Instituts für Bürgerrechte & öffentliche Sicherheit an der Berliner Freien Universität sprach im *taz*-Interview am 26. Juni von „Alarmismus“, der auf „einer Mischung von realen, seriös zusammengetragenen Informationen und [Aktivitäten] von zweifellos bestehenden kleinen Verschwörungszirkeln“ beruhe, aus denen dann „Meldungen zusammengewürfelt und an die politische Adresse gegeben“ werden, die dann „politischen Interessen“ dienen. Mitte Juni war dem Fernsehsender ABC ein Video zugespielt worden, auf dem der neue Taliban-Kommandeur für Süd-Afghanistan, Mansur Dadullah, mehrere Hundert Jugendliche verabschiedet, die angeblich zu Selbstmordattentätern ausgebildet und anschließend für den Einsatz in bestimmten Ländern bestimmt worden seien – darunter Deutschland, Kanada und Großbritannien. Selbst Geheimdienstexperten hatten Zweifel an der Authentizität des Videos geäußert. Die Taliban sind sich bewusst, dass solche Propaganda-Aktivitäten ein großes Echo in Europa auslösen können.